



ARE-KURZINFORMATION – Fax/ email-Kette Nr. 195 -vip- Plänitz, den 20.04.2011

Liebe Mitglieder der ARE und der angeschlossenen Verbände und Gruppen, liebe Mitstreiter für Rechtsstaat, Gerechtigkeit, Recht und Eigentum, Wiedergutmachung, Rehabilitierung und Vollendung der deutschen Einheit, sehr geehrte Damen und Herren!

Kurz vor dem Osterfest wollen wir Sie auf den aktuellen Informationsstand anlässlich der besonders wichtigen jüngsten Entwicklungen und bezüglich unserer neuen Aktionen bringen:

- Wegweisende Sondertagung " 20 Jahre 1. Bodenreformurteil"-Appell der "Potsdamer Neun"-

Am **16. April 2011** hat die Sondertagung der „Fördergemeinschaft Recht und Eigentum e.V. (FRE)“ in Erinnerung an die Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** unter Vorsitz von Roman Herzog am **23. April 1991** („**1. Bodenreformurteil**“) im „Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte“ in Potsdam stattgefunden. Im fast vollbesetzten großen Saal des Hauses haben die hochkarätigen Referenten - siehe Programm - durch Ihre grundsätzlichen Rede- und Diskussionsbeiträge einen umfassenden Einblick in die Deutung der 1. Karlsruher Entscheidung wach gehalten. Zum zwanzigsten Jahrestag des Beginns der tragischen Abwärtsspirale im Rechtsstaat wurden über z e h n Bereiche der Erosion aufgelistet und zugleich der Weg zum Stopp dieser Fehlentwicklung aufgezeigt.

Nach dem ersten unserer drei Grundsätze: " Handeln für den Rechtsstaat " haben wir mit Blick auf die dringliche Kurskorrektur den "**Appell der Potsdamer Neun**", gerichtet an alle drei staatlichen Gewalten auf den Weg gebracht, der von namhaften Professoren aufgesetzt und unterzeichnet wurde. Den "Potsdamer Neun" werden sich voraussichtlich alsbald noch viele Unterzeichner anschließen. Ziel dieses Appells ist es, die in letzter Zeit weiter fortgeschrittenen Erkenntnisse zum Thema der **Verfolgungen/ Konfiskationen** 1945-1949 verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu tragen und endlich die gebotene und angemessene Aufarbeitung mit konkreten Schritten voranzubringen. Der Appell und seine ergänzenden Erläuterungen benennt und verdichtet die u.a. in den drei Entscheidungen des BVerfG zur Frage der „Boden- und Industriereform“ entstandenen Defizite und zeigt Wege aus der entstandenen „Schieflage“ auf.

So könnte z.B. durch straf- und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung, die kürzlich eine Fristverlängerung bis 2019 erfahren haben, der entstandene Schaden für Alteigentümer zu großen Teilen beseitigt werden, wenn die Rehabilitierung, wie es u.E. notwendig ist, nach den strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzen erfolgt. Denn die Maßnahmen im Jahr 1945 in der SBZ und in der Folgezeit in der DDR waren in erster Linie als strafrechtliche Verfolgungsmaßnahmen anzusehen. Daher ist nunmehr im Schwerpunkt strafrechtliche und nicht verwaltungsrechtliche Rehabilitierung angesagt. Rechtsanwalt Dr. Johannes Wasmuth aus München hat zu diesem Thema unter anderem in der " Juristen Zeitung " und der "ZOV" Fachaufsätze verfasst und auch bei der FRE Sondertagung am 16.04.2011 den zentralen Vortrag gehalten. So wies Dr. Wasmuth nach, dass die Enteignungen in Wahrheit ein politischer und brutaler repressiver Klassenkampf mittels inszenierter Strafverfahren war, um den „Klassenfeind“ zu vernichten, also die gesamte großbürgerliche, gewerblich-unternehmerische und industrielle Bevölkerungsschicht. Es ist auch die Zeit der Entnazifizierung gewesen, die damals auch im Deutschland der drei westlichen Besatzungsmächte stattfand, aber in der SBZ wurde sie zugleich zur politischen Säuberung von jener großbürgerlichen Klasse und zu deren Vernichtung genutzt und missbraucht.

Diese Erkenntnisse mit dezidiert genauen Sachverhaltsbeschreibungen und neuen Vertiefungen der Thematik sollten nunmehr - über die bisher vorgetragenen Argumente hinaus- in Politik und Verwaltung, insbesondere aber auch bei den Gerichten endlich ein Umdenken in Richtung Schadensausgleich bewirken. Nähere Ausführungen hierzu gern auf Anfrage bei uns.

- Zusagen der Regierungskoalition, Vorbereitung und Umsetzung-1. Schritt "Agrarlanderwerb"

Ganz kurzfristig muss im Rahmen der Umsetzung des 2. Flächenerwerbsänderungsgesetzes dringend die Suche nach Flächenerwerbsberechtigten und Erben intensiviert werden. Hierbei bitten wir Sie weiterhin um Ihre Mithilfe.

Mittel- und langfristig müssen die Zusagen der gegenwärtigen Regierungskoalition im Bund zur Beseitigung von Defiziten u.a. als Folge des o.g. Urteils umgesetzt werden.

Hierzu bestehen nunmehr einige Möglichkeiten und ein begrenztes Zeitfenster zur Umsetzung der dringend gebotenen Kurskorrekturen in Richtung Rechtsstaatlichkeit.

- Brandenburg-Affäre und Neusiedlererben-

Der Bund der Neusiedlererben im ARE-Zusammenschluss hat **am 13. und 14.04.2011** vor dem Landtag in Potsdam eine durchaus bemerkte **Mahnwache** abgehalten. Ziel dieser Mahnwache war es, der Landesregierung Beine zu machen und sie dazu zu bringen, zügig nach den Eigentümern/ Erben von Bodenreformland, die im Zuge der Brandenburger Bodenaffäre enteignet worden waren zu suchen, um nunmehr, sei es durch die Rückgabe des enteigneten Landes, oder durch die Verschaffung von Ersatzland einen Schadensausgleich zu schaffen. Unser steter Nachdruck und die Mahnwache scheinen Ihre Wirkung zu zeigen. So war am 14.04.2011 in einer dpa-Meldung des Finanzministeriums zu lesen: „6.644 Anträge auf Grundbuchberichtigung sind gestellt worden. Jetzt muss noch intensiver gesucht werden“. Ob diese Zahlen wirklich stimmen konnte von der ARE bisher noch nicht verifiziert werden. Was auf jeden Fall stimmt ist, dass die Eigentümer-/ Erbensuche noch deutlich intensiviert werden muss.

Dokumentations- und Aufarbeitungszentrum Plänitz

Der Aufbau des Pläntzer Zentrums geht weiter voran. Es waren schon einige Besucher vor Ort. Außerdem ist das Dokumentationszentrum ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Planung für Kultur (Leader-Projekt).

So weit für heute, **NOCHMALS**: Wenn Sie anspruchsberechtigte Alteigentümer oder Erben (bis zur 4.Ordnung !) kennen oder finden können, so teilen Sie dies diesen bitte mit, um sie vor Schaden zu bewahren und um ihnen die neue Chance zu geben, ihre Rechte wahrzunehmen. Die ARE steht weiterhin bereit um unterstützend einzugreifen.

Viele Grüße und die besten Wünsche für ein frohes und gesegnetes Osterfest

für Sie und die Ihren

Ihr ARE Team

und Manfred Graf v. Schwerin



Bitte besuchen Sie uns gerade jetzt regelmässig im Internet!

ARE-Plänitz : Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 51874 / 6, Fax 033970/ 51875

ARE-Zentrum Hessen: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 926258, Fax: 05624/ 926268

e-Mail: Info@ARE.org, Internet: <http://are-org.de>

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin: BLZ: 16061938, Ktonr.: 10 3012794